

Presseinformation

Mit Sicherheit sozial **Paritätisches Jahresgutachten 2019**

 **DER PARITÄTISCHE**
GESAMTVERBAND

Mit Sicherheit sozial



Paritätisches Jahresgutachten 2019

DEUTSCHER PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND GESAMTVERBAND e.V. | www.paritaet.org

Pressemeldung vom 29. August 2019

Paritätisches Jahresgutachten: Verband konstatiert wachsende soziale Ungleichheit und fordert neue soziale Sicherheitspolitik

Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem aktuellen Jahresgutachten vor einer fortschreitenden Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Verband fordert den Ausbau der sozialen gemeinnützigen Infrastruktur in der Fläche, eine Stärkung individueller sozialer Rechte und Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

In seinen Jahresgutachten untersucht der Paritätische regelmäßig anhand von amtlichen Daten und der Bundesgesetzgebung, wie es um soziale Lage und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland steht. Das aktuelle Jahresgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass schwerwiegende und ungelöste soziale Probleme das Bild einer insgesamt guten gesamtwirtschaftlichen Lage trüben: „Die Einkommenszuwächse in Deutschland sind höchst ungleich verteilt, die Vermögenskonzentration und damit die Spreizung nehmen zu. Die immer tiefer werdende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet den sozialen Zusammenhalt massiv“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Die gute Beschäftigungsentwicklung könne nicht über die tiefen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt hinwegtäuschen. Zudem gebe es massive Defizite in der Infrastruktur, wobei sich extreme regionale Disparitäten zeigen: „Von einer ‚Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‘, wie sie das Grundgesetz fordert, sind wir sternenweit entfernt. Statt kurzer Wege für ein gutes Leben für alle überall, fehlt es in vielen Regionen an adäquater Infrastruktur und Grundversorgung“, so Rosenbrock.

Die Bundesregierung habe im Berichtsjahr 2018 zwar durchaus einige Gesetze realisiert, die im Ansatz gut und geeignet waren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das Jahresgutachten kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die Vorhaben in der Regel zu rigide in den Voraussetzungen bzw. viel zu klein dimensioniert waren. „Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht zuletzt, durch solidarische, sozial gerechte Umverteilung für einen Ausgleich zu sorgen. Tatsache aber ist: Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme erodieren und verlieren zunehmend ihre Funktionsfähigkeit. Die sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung greifen zu kurz und erreichen in vielen Fällen nur einen Bruchteil der betroffenen Zielgruppen“, so Rosenbrock.

Der Paritätische fordert eine neue „soziale Sicherheitspolitik, verstanden als Politik für soziale Sicherheit und Zusammenhalt“ und schlägt dazu Reformen u.a. bei den Grundsicherungsleistungen, der Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung vor. Darüber hinaus fordert er einen massiven Ausbau sozialer Infrastruktur und plädiert für einen Vorrang der Gemeinnützigkeit: „Es gibt Bereiche, in denen haben Profitinteressen nichts verloren“, so Rosenbrock. Am aktuellen Beispiel der Wohnungspolitik zeige sich der akute Handlungsbedarf: „Was gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Organisationen selbstorganisiert und ohne Gewinnausschüttungen schaffen können, das muss wieder Vorrang vor privaten Renditeinteressen oder staatlicher Regulierung bekommen“, so Rosenbrock.

Zur Finanzierung fordert der Paritätische einen steuerpolitischen Kurswechsel. Die vieldiskutierte Vermögensteuer könne dabei allenfalls ein erster Schritt sein.

Download des Jahresgutachtens unter: www.paritaet.org

Pressestatement

von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender, Paritätischer Gesamtverband

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum sechsten Mal in Folge legt der Paritätische Gesamtverband heute sein Jahresgutachten zur sozialen Lage und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, das klingt sehr abstrakt, ist aber etwas sehr konkretes, mit sehr konkreten Ursachen und sehr konkreten Folgen für unser Zusammenleben.

Empirisch ist in Studien aus vielen Ländern bestätigt, dass Gesellschaften mit besserem sozialen Zusammenhalt freundlicher, friedlicher und produktiver sind; sie sind offener für Innovationen und neue Herausforderungen und bewältigen diese auch besser; auch sind die Menschen in Gesellschaften mit gutem sozialen Zusammenhalt im Durchschnitt gesünder und leben auch länger. Der soziale Zusammenhalt prägt auch wesentlich das Verhalten – vom Straßenverkehr bis hin zum Wahlverhalten. Die Stärke des sozialen Zusammenhalts hängt in erster Linie von drei messbaren sozialen und wirtschaftlichen Faktoren ab:

- **Partizipationsmöglichkeiten** am gesellschaftlichen Wohlstand und am soziokulturellen Leben;
- gleichwertige Lebensverhältnissen durch **Bereitstellung sozialer Infrastruktur**;
- **Gewährleistung subjektiver Rechte** zur Sicherung bzw. Ermöglichung von Teilhabe und sozialer Integration.

In einer vorwiegend gewinnwirtschaftlich orientierten Erwerbsgesellschaft wie Deutschland ist es faktisch in erster Linie der Markt, der über Partizipationsmöglichkeiten, Teilhabe und soziale Integration entscheidet. Dort, wo der Markt in dieser Hinsicht versagt, hat Politik dafür Sorge zu tragen, die entstandenen Defizite zu mindern. Es sind zudem die verschiedenen Formen der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft, darunter die Träger und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege, die maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt beitragen.

Im vorliegenden Jahresgutachten untersucht der Paritätische anhand von Daten der offiziellen Statistiken und der Gesetzgebung, wie es um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland steht.

Die aktuelle soziale Lage: eine Bestandsaufnahme

Die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr war positiv. Im Jahresdurchschnitt 2018 waren 44,8 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig – der höchste Stand nach der Wiedervereinigung.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahm zu, die Armut – wenn auch nur geringfügig – ab. Es gibt aber weiterhin schwerwiegende und ungelöste soziale Probleme, die das Bild einer insgesamt guten gesamtwirtschaftlichen Lage trüben:

1.

Die Einkommenszuwächse sind höchst ungleich verteilt, die Vermögenskonzentration und damit die Spreizung nehmen zu. Die Einkommen des einkommensstärksten Zehntels der Bevölkerung sind zwischen 1991 und 2016 real um 35 Prozent gewachsen, die des einkommensärmsten Zehntels der Bevölkerung haben real 8 Prozent verloren. Trotz guter Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung sank die Armutsquote zwischen 2017 und 2018 nur leicht und verharrt mit 15,5 Prozent auf hohem Niveau. Millionen Menschen sind von der Wohlstandsentwicklung abgehängt. Die Dunkelziffer der Armut liegt nach aktuellen Schätzungen sogar noch um 60 bis 70 Prozent höher. 2017 sind außerdem immer noch über 7,5 Millionen Menschen in Deutschland auf Mindestsicherung angewiesen, also mehr als jede*r Elfte. Das Vermögen in Deutschland ist hingegen sehr ungleichmäßig verteilt. Eine solche Spreizung, die immer tiefer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, gefährdet den sozialen Zusammenhalt massiv.

2.

Die gute Beschäftigungsentwicklung kann zudem nicht über die tiefen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt hinwegtäuschen: Deutschland verfügt über einen riesigen Niedriglohnsektor, der nicht nur direkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt, sondern auch dazu führt, dass im vergangenen Jahr etwa 1,1 Millionen arbeitende Menschen mit Grundsicherungsleistungen „aufstocken“ mussten. Auch die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse stagniert auf hohem Niveau. Die wirtschaftliche Entwicklung hat eine soziale Unwucht, die den sozialen Zusammenhalt bedroht.

3.

Schließlich haben wir es mit massiven Defiziten in der Infrastruktur zu tun, wobei sich hier extreme regionale Disparitäten zeigen: Von einer „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, wie sie das Grundgesetz fordert, sind wir sternenweit entfernt. Statt kurzer Wege für ein gutes Leben für alle überall, fehlt es in vielen Regionen an adäquater Infrastruktur. Der kommunale Investitionsstau liegt aktuell bei ca. 150 Milliarden Euro. Ob Kita-Ausbau, Schulen, Verkehr und Mobilität oder soziale Dienstleistungen: Vielerorts fehlt es an Geld für dringende Investitionen. Der Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, hat dieser Tage sogar Investitionen im Umfang von 450 Milliarden Euro vorgeschlagen. Beide Forderungen belegen: wir haben einen erhebli-

chen Handlungsbedarf.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun.

Die Verantwortung der Politik

Wie das aktuelle Jahresgutachten zeigt, hat der Staat nicht nur versäumt, den Problemkomplex der immer größeren Spreizung zwischen Einkommen und Vermögen zu bearbeiten. Versäumt hat der Staat auch die Bearbeitung der großen Aufgaben der Infrastruktur.

Annähernd drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer ist unser Land immer noch vielfach gespalten: zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, zwischen den Geschlechtern, zwischen Einheimischen und Zugewanderten, Ost und West und zwischen abgehängten und prosperierenden Regionen. Die mehrfache Spaltung Deutschlands ist kein Zufall. Sie hat vielfältige Ursachen und sie hat sich über einen langen Zeitraum entwickelt.

Wie ungleichwertig die Lebensverhältnisse geworden sind, möchte ich anhand von drei Beispielen illustrieren.

- Beispiel eins: Die Erreichbarkeit einer*eines Kinderärztin oder eines Kinderarztes reicht im Mittel des Fünftels der Kommunen mit der besten Versorgungslage von 3,3 km bis zu einer Entfernung bei dem Fünftel der Kommunen mit der schlechtesten Versorgung von 19,3 km.
- Die Arbeitslosenquote beträgt in dem Fünftel Deutschlands mit der geringsten Arbeitslosigkeit im Mittel lediglich 1,8 Prozent, im Fünftel Deutschlands mit der größten Arbeitslosigkeit liegt sie bei 8,4 Prozent. Das ist ein Unterschied in Höhe von mehr als dem Vierfachen!
- Schließlich ein letztes Beispiel: Während in dem Fünftel Deutschlands mit den wenigsten Transfer-Berechtigten in den sogenannten Bedarfsgemeinschaften nur 2,5 Prozent der Menschen betroffen sind, sind es im am stärksten betroffenen Fünftel Deutschlands 12,5 Prozent – das ist das Fünffache!

Insgesamt kann man sagen: Erhebliche regionale Unterschiede in der Infrastruktur werden häufig verschärft durch entsprechende Unterschiede in der Armutsbetroffenheit und sehr unterschiedliche Sozialleistungsquoten. Und: Dort, wo es viele Menschen mit Unterstützungsbedarf gibt, wiegen die Defizite in der Infrastruktur selbstverständlich ungleich schwerer.

Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht zuletzt, durch solidarische, sozial gerechte Umverteilung für einen Ausgleich zu sorgen. Tatsache aber ist: Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme erodieren und verlieren zunehmend ihre Funktionsfähigkeit. Die sozialpolitischen Maß-

nahmen der Bundesregierung greifen zu kurz und erreichen in vielen Fällen nur einen Bruchteil der betroffenen Menschen.

Um das Fazit vorwegzunehmen: Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum durchaus einige Gesetze realisiert, die der Paritätische Gesamtverband grundsätzlich begrüßt, wie beispielsweise das Teilhabechancengesetz oder das Qualifizierungschancengesetz, um nur zwei zu nennen. Diese sind im Ansatz gut, aber viel zu rigide in den Voraussetzungen bzw. viel zu klein dimensioniert. Im Ergebnis werden nur Bruchteile der Zielgruppen erreicht.

Auch in der Pflege springt die Bundesregierung zu kurz: So richtig das Anliegen des von Gesundheitsminister Spahn im vergangenen Jahr initiierten Sofortprogrammes ist, so nötig ist nach wie vor ein Gesamtkonzept, das auch die Pflegefinanzierung neu organisiert. Es kann nicht sein, dass nötige Reformen zu einer höheren finanziellen Belastung Pflegebedürftiger führen.

Sie können im Jahresgutachten unsere ausführliche Bewertung der einzelnen Neuregelungen nachvollziehen.

Soziale Sicherheit durch Rechtsansprüche und Infrastruktur

Was wir brauchen, meine Damen und Herren, ist eine neue Sicherheitspolitik, verstanden als Politik für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Neben dem Ausbau der sozialen Infrastruktur in der Fläche ist die Stärkung individueller sozialer Rechte ein wesentlicher Beitrag dazu.

Bausteine einer sozialen Sicherheitspolitik sind aus unserer Sicht:

- eine existenzsichernde Kindergrundsicherung
- höhere Leistungen für junge Menschen in Ausbildung und Studium
- ein Mindestlohn, der auch im Alter vor Armut schützt (derzeit über 12 Euro).

Es braucht darüber hinaus

- eine Reform der Arbeitslosenversicherung und die Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes,
- eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung auf mindestens 571 Euro (zusätzlich zu den Kosten der angemessenen Wohnung und Heizung, den notwendigen Energiekosten und weiteren Leistungen bei besonderen einmaligen oder regelmäßig wiederkehrenden Bedarfen),
- und bessere Leistungen in der Grundsicherung im Alter. Diese muss um mindestens 10 Prozent höher ausfallen, als die erhöhten Regelsätze. Zusätzlich müssen Freibeträge auch für Ansprüche aus der gesetzlichen Rente eingeführt werden. Aus diesem

Grund unterstützt der Paritätische auch ausdrücklich den Vorschlag des Bundesministers für Arbeit und Soziales für eine Grundrente.

- Die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss noch mehr Personen zur Verfügung stehen als es jetzt der Fall ist.
- Schließlich müssen mittelfristig mindestens 100.000 zusätzliche Pflegekräfte gewonnen werden. Die Pflegeversicherung muss grundsätzlich 85 Prozent aller pflegebedingten Kosten übernehmen.

Darüber hinaus bedarf es eines massiven Ausbaus sozialer gemeinnütziger Infrastruktur, um ein gutes Leben für alle überall zu ermöglichen.

- Es braucht einen sozialen Arbeitsmarkt und gemeinnützige Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für diejenigen, die bereits langjährig erwerbslos sind.
- Es braucht eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur für Menschen in schwierigen Lebenslagen, etwa in der sozialen Schuldnerberatung, auf die es im Übrigen auch einen Rechtsanspruch geben sollte.
- Es braucht Jugendzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren, Altenclubs, Teestuben, Mutter-Kind-Zentren, Freiwilligenagenturen, psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen sowie Bürgerbüros. Sie alle sind Kristallisationskerne für freiwilliges soziales Engagement und Orte gelebten sozialen Zusammenhalts.

Vorrang für die Gemeinnützigkeit

Ich betone die Gemeinnützigkeit nicht aus Eigeninteresse eines Vertreters der Freien Wohlfahrtspflege, sondern aus meinen jahrzehntelangen Forschungen zum Gesundheitssystem und zur Ungleichheit. Es gibt Bereiche, in denen haben Profitinteressen nichts verloren. In der Stärkung der Gemeinnützigkeit liegt ein Schlüssel dazu, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Wir brauchen einen Vorrang für die Gemeinnützigkeit! Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, bei der Förderung der sozialen Infrastruktur und bei der Umsetzung der lokalen Sozialplanung, überall sollte bei ansonsten gleich leistungsfähigen Akteuren ein **Vorrang für gemeinnützige Dienste und Einrichtungen** formuliert werden! Aktuell zeigt das Beispiel der Wohnungspolitik, dass wir eine **neue Subsidiarität** brauchen: Was gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Organisationen selbstorganisiert und ohne Gewinnausschüttungen schaffen können, das muss wieder Vorrang vor privaten Renditeinteressen oder staatlicher Regulierung bekommen!

Ein Vorrang für gemeinnützige Dienste hilft dabei auch, die überfällige

ökologische Wende umzusetzen und unser Wirtschaften nachhaltig zu gestalten. Vieles, was heute noch als gewerbliches Entgelt an profitorientierte Unternehmen geht, beruht auf externalisierten gesellschaftlichen Kosten, etwa durch zu geringe Löhne oder nicht nachhaltiges Wirtschaften. Dem müssen wir entgegenwirken. Es muss auch dafür gesorgt werden, dass die Mittel, die die Sozialversicherungen und die Menschen selbst heute über ihre Ausgaben in den sozialen Bereich investieren, auch im sozialen Bereich bleiben.

In den vergangenen Jahren hat auf vielen Arbeitsfeldern des Sozialen der Einfluss von auf kurzfristige Renditen ausgerichteten Fonds und anderen profitorientierten Unternehmen zugenommen. Die durchschnittliche jährliche Rendite solcher Fonds betrug in Deutschland im Jahr 2017 18,8 Prozent. Übertragen auf den sozialen Bereich bedeutet das: Fast ein Fünftel des Umsatzes, den solche profitorientierten Unternehmen im Sozial- und Gesundheitsbereich erwirtschaften, kann als Gewinn ausgeschüttet und damit dem sozialen Bereich entzogen werden. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs, angesichts der häufig zu niedrigen Entlohnung der Beschäftigten und angesichts der wachsenden Belastung von Betroffenen durch Eigenanteile und Zuzahlungen, etwa in der Pflege, kann es nicht sein, dass diese Bereiche gegeneinander ausgespielt werden, während das Renditestreben von Unternehmen im sozialen Bereich nicht in Frage gestellt wird.

In das Soziale investieren

Sozialleistungen oder Rechtsansprüche einerseits und andererseits die notwendige Infrastruktur, um diese auch einlösen zu können, sind beide notwendig, um die elementaren Bedarfe der Menschen zu sichern. Und beides kostet Geld. Es ist wie schon im kleinen Einmaleins: ist ein Faktor „Null“, dann kann auch das Ergebnis nur „Null“ lauten.

Deshalb abschließend eine letzte Forderung, die als Konsequenz aus dem Jahresgutachten zu ziehen ist: Ohne eine steuerpolitische Kehrtwende, die große Vermögen und sehr hohe Einkommen und Erbschaften stärker als bisher zur solidarischen Finanzierung unseres Sozialstaats heranzieht, kommen wir nicht weit. Deshalb ist auch die vieldiskutierte Wiedereinführung einer Vermögensteuer allenfalls ein erster Schritt hin zu einer umfassenderen Steuerpolitik gegen soziale Ungleichheit und für einen neuen Zusammenhalt.

Zentrale Befunde und Forderungen aus dem Paritätischen Jahresgutachten 2019

Neben dem Armutsbericht ist das Paritätische Jahresgutachten eine weitere wichtige Veröffentlichung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Armuts- und Ungleichheitsbewertung in Deutschland. Das Jahresgutachten erscheint zum sechsten Mal.

Mit dem vorliegenden Jahresgutachten möchte der Paritätische besonders aufmerksam machen auf die Bedeutung der defizitären sozialen Infrastruktur und die damit gefährdete Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Statt kurzer Wege für ein gutes Leben für alle überall, fehle es vielerorts an adäquater Infrastruktur, so der Befund. Ob Krankenhausversorgung, Wohnraum, Kita- oder Pflegeplätze: gerade im ländlichen Raum fehle es inzwischen an Angeboten der Grundversorgung. Schulen, Krankenhäuser und Arztpraxen werden geschlossen, gleichzeitig verschwinden kleine Läden vor Ort und machen es Menschen auf dem Land schwerer, sich ohne Auto selbst zu versorgen. Gerade soziale und gesundheitliche Dienste sind wesentlich dafür, Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt zu sichern. vielerorts fehle es an Geld für dringende Investitionen. Die soziale Verunsicherung wachse.

Die erheblichen regionalen Unterschiede in der Infrastruktur werden zudem häufig verschärft durch entsprechende Unterschiede auch in der Armutsbetroffenheit und sehr unterschiedlichen Sozialleistungsquoten. So beträgt die Arbeitslosenquote in dem Fünftel Deutschlands mit der geringsten Arbeitslosigkeit im Mittel lediglich 1,8 Prozent, im Fünftel Deutschlands mit der größten Arbeitslosigkeit liegt sie bei 8,4 Prozent. Das ist ein Unterschied in Höhe von mehr als dem Vierfachen! Ein anderes Beispiel: Während in dem Fünftel Deutschlands mit den wenigsten Berechtigten in den sogenannten Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nur 2,5 Prozent der Menschen betroffen sind, sind es im am stärksten betroffenen Fünftel Deutschlands 12,5 Prozent – das ist das Fünffache!

Bereits im Vorjahr wurde im Paritätischen Jahresgutachten die fortschreitende Gefährdung des sozialen Zusammenhalts durch wachsende Ungleichheiten konstatiert. Die Daten, die der Paritätische in diesem Jahr in seinem Jahresgutachten zusammengetragen hat, legen nahe, dass sich die soziale Kluft in Deutschland weiter vertieft hat und weiter vertiefen wird. Die Spaltung verläuft nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen Alt und Jung, zwischen den Geschlechtern und zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Hinzu kommt ein Erstarken des Rechtsextremismus.

Im Jahresdurchschnitt 2018 waren 44,8 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig – der höchste Stand nach der Wiedervereinigung. Doch auch dieses Jobwunder hat Schattenseiten. Der Beschäftigungszuwachs erfolgte nur zu einem kleineren Teil aus dem Bestand der Arbeitslosen. Trotz guter Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung sank die Armutsquote zwischen 2017 und 2018 nur leicht und verharrt mit 15,5 Prozent auf hohem Niveau (2017: 15,8 Prozent). Alleinerziehende (41,5 Prozent) und Erwerbstätige (57,4 Prozent) sind stark überdurchschnittlich betroffen. Die Dunkelziffer der Armut könnte aber nach aktuellen Schätzungen um 60 bis 70 Prozent höher liegen. 2017 sind außerdem immer noch über 7,5

Millionen Menschen in Deutschland auf Mindestsicherung angewiesen, also mehr als jede*r Elfte. Das Vermögen in Deutschland ist hingegen sehr ungleichmäßig verteilt. Zehn Prozent der nettovermögendsten Personen besitzen in Deutschland allein 55 Prozent des Gesamtvermögens.

Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum (2018) einige neue Gesetze realisiert, die der Paritätische Gesamtverband grundsätzlich begrüßt, wie beispielsweise das Teilhabechancengesetz oder das Pflegepersonalstärkungsgesetz, um nur zwei zu nennen. Im vorliegenden Jahrgutachten finden sich ausführliche Bewertungen und nach Möglichkeit auch erste Evaluationen der sozialpolitisch relevanten Gesetze aus dem Berichtszeitraum sowie Lösungs- und Nachbesserungsvorschläge.

In der Konsequenz spricht sich der Paritätische Gesamtverband für **eine neue Sicherheitspolitik aus, verstanden als Politik für soziale Sicherheit und Zusammenhalt**. Neben dem Ausbau der sozialen Infrastruktur in der Fläche sei die Stärkung individueller sozialer Rechte eine wesentliche Notwendigkeit. Es brauche individuelle soziale Teilhaberechte und Einkommen die Teilnahme ermöglichen, und es brauche die notwendige soziale Infrastruktur, ohne die weder Rechtsansprüche noch Geld in Leistungen umgemünzt werden können.

Zentrale Bausteine einer sozialen Sicherheitspolitik sind aus Sicht des Verbandes:

Eine grundlegende **Reform der sozialen Sicherungssysteme** durch:

- eine existenzsichernde Kindergrundsicherung
- höhere Leistungen für junge Menschen in Ausbildung und Studium
- ein Mindestlohn, der auch im Alter vor Armut schützt (derzeit über 12 Euro).
- eine Reform der Arbeitslosenversicherung und die Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes
- eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung auf mindestens 571 Euro, zusätzlich zu den Kosten der angemessenen Wohnung und Heizung, den notwendigen Energiekosten und weiteren Leistungen bei besonderen einmaligen oder regelmäßig wiederkehrenden Bedarfen.
- bessere Leistungen in der Grundsicherung im Alter. Diese muss um mindestens 10 Prozent höher ausfallen, als die erhöhten Regelsätze. Dazu müssen Freibeträge auch für Ansprüche aus der gesetzlichen Rente eingeführt werden, um sicherzustellen, dass sich Vorsorge lohnt. Aus dem Grund unterstützt der Paritätische auch ausdrücklich den Vorschlag des Bundesministers für Arbeit und Soziales für eine Grundrente.
- die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss noch mehr Personen zur Verfügung stehen als es jetzt der Fall ist.
- mindestens 100.000 zusätzliche Pflegekräfte müssen mittelfristig gewonnen werden. Die Pflegeversicherung muss grundsätzlich 85 Prozent aller pflegebedingten Kosten übernehmen.

Darüber hinaus bedürfe es eines massiven Ausbaus sozialer gemeinnütziger **Infrastruktur**, um ein gutes Leben für alle überall zu ermöglichen:

- Es braucht Jugendzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren, Altenclubs, Teestuben, Mutter-Kind-Zentren, Freiwilligenagenturen, psychosoziale Kontakt- und

Beratungsstellen sowie Bürgerbüros sind Kristallisationskerne für freiwilliges soziales Engagement. Sozialen Zusammenhalt schafft man, indem man diese Institutionen fördert.

- Die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbsarbeit ist ein grundlegendes Menschenrecht. Um auch denjenigen das Einlösen dieses Anspruchs zu ermöglichen, die bereits langjährig erwerbslos sind, braucht es eine unterstützende Infrastruktur vor Ort. Gemeinnützige Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen der Wohlfahrtsverbände können dazu einen Beitrag leisten.
- Notwendig ist auch, die Beratungsinfrastruktur flächendeckend auszubauen, etwa in der sozialen Schuldnerberatung. In Deutschland sind fast 7 Millionen Menschen über 18 Jahren überschuldet. Sie brauchen Unterstützung und Beratung, die sie jedoch häufig nur gegen Entgelt oder nach mehrwöchigen Wartezeiten erhalten. Soziale Schuldnerberatung begleitet und stabilisiert Menschen, die überschuldet sind, und unterstützt sie bei der Abtragung. Auch auf diese Leistung muss ein Rechtsanspruch eingeführt werden.
- Schließlich bedarf es des Aufbaus bzw. der Sicherung von Begegnungsstätten vor Ort. Nachbarschaftshäuser, Bürgerzentren, Dorf- und Stadtteilläden sind Orte der gemeinsamen Aktivität, des Austauschs und der Teilhabe. Sie bieten die sowohl für die Selbstorganisation als auch für lebensweltlich orientierte und vernetzte Hilfen unerlässlichen Plattformen und sind gleichzeitig Anlaufstelle für Engagement.

Der Paritätische spricht sich dabei bewusst für einen konsequenten **Vorrang für die Gemeinnützigkeit** aus: „Es gibt Bereiche, in denen haben Profitinteressen nichts verloren. In der Stärkung der Gemeinnützigkeit liegt ein Schlüssel dazu, den sozialen Zusammenhalt zu stärken“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, bei der Förderung der sozialen Infrastruktur und bei der Umsetzung der lokalen Sozialplanung, überall sollte bei ansonsten gleich leistungsfähigen Akteuren ein Vorrang für gemeinnützige Dienste und Einrichtungen formuliert werden, so die Forderung. Aktuell zeige das Beispiel der Wohnungspolitik, dass es eine neue Subsidiarität brauche: Was gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Organisationen selbstorganisiert und ohne Gewinnausschüttungen schaffen können, müsse wieder Vorrang vor privaten Renditeinteressen oder staatlicher Regulierung bekommen!

Die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege sei kaum zu überschätzen. Sie bot nach neuesten Zahlen in 118.000 Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet soziale Leistungen und Hilfen an und beschäftigt dabei 1,9 Millionen Menschen. Weitere 2,5 bis drei Millionen Menschen sind allein in den gemeinnützigen Organisationen der Wohlfahrt ehrenamtlich engagiert. Gemeinnützigkeit unterscheidet sich fundamental von der Arbeit renditeorientierter Unternehmen der Wirtschaft. Mit Sorge wird gesehen, dass internationale Konzerne und Fondsgesellschaften zunehmend auch in den Gesundheitsbereich drängen.

In den vergangenen Jahren seien viele Arbeitsfelder des Sozialen nicht nur einseitig auf Rendite ausgerichtet worden, auch der Einfluss von auf kurzfristige Renditen ausgerichteten Fonds und anderen profitorientierten Unternehmen ist gewachsen. Die durchschnittliche jährliche Rendite solcher Fonds betrug in Deutschland im Jahr 2017 18,8 Prozent. Übertragen auf den sozialen Bereich bedeutet das: Fast ein Fünftel des Umsatzes, den solche profit-

orientierten Unternehmen im Sozial- und Gesundheitsbereich erwirtschaften, kann als Gewinn ausgeschüttet werden und damit dem sozialen Bereich entzogen werden. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs, angesichts der häufig zu niedrigen Entlohnung der Beschäftigten und angesichts der wachsenden Belastung von Betroffenen durch Eigenanteile und Zuzahlungen, etwa in der Pflege, könne es nicht sein, dass diese Bereiche gegeneinander ausgespielt werden, während das Renditestreben von Unternehmen im sozialen Bereich nicht in Frage gestellt wird.

Schließlich fordert der Paritätische **eine steuerpolitische Kehrtwende**, die große Vermögen und sehr hohe Einkommen und Erbschaften wesentlich stärker als bisher zur solidarischen Finanzierung des Sozialstaats heranzieht. Die Vorschläge der SPD zur Anhebung der Vermögenssteuer seien daher ein notwendiges, aber allein nicht ausreichendes Instrument, um den sozialen Zusammenhalt durch notwendige Infrastruktur und einen Ausbau der Sozialleistungen wieder zu stärken.

Pressekontakt:

Gwendolyn Stilling

Pressesprecherin

Tel. 030/24636305

eMail: pr@paritaet.org

Der Paritätische Gesamtverband

Oranienburger Str. 13-14

10178 Berlin